

# Französische und englische Rheinlandpolitik [Schluss]

Autor(en): **David, Heinrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **26 (1923-1924)**

Heft 17

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-748449>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

und Opposition ausgehen wie er wolle — jedenfalls nicht wünschen darf, ist die Rückkehr zu den Formen des korrupten Parlamentarismus, den kürzlich Brenno Bertoni (in einer Abhandlung im *Dovere*) treffend gekennzeichnet hat, mit seiner „Folge ephemerer, schwacher, richtungsloser Regierungen“, die von der fascistischen Diktatur abgelöst wurden in dem Augenblick, da das Land der Auflösung zu verfallen drohte. Es macht einen peinlichen Eindruck, gegenwärtig im Lager der Opposition wieder die Leute am Werk zu sehen, die, auf den Sturz des Fascismus spekulierend, bereits ihre famosen Koalitionsprogramme zusammenkleistern, um für eine heterogene Parteiengruppierung die gemeinsame Plattform zur Ausübung einer grundsatzlosen Regierungstätigkeit zu schaffen. Für *diese* Spielart der Demokratie, die von der Demagogie nicht mehr zu unterscheiden ist, brauchen wir Schweizer uns nicht zu begeistern, und *ihr* können wir nicht den Sieg wünschen.

ZÜRICH, Mitte Juli

W. BRETSCHER



## FRANZÖSISCHE UND ENGLISCHE RHEINLAND- POLITIK

[Schluss <sup>1</sup>]

Den englischen Staatsmännern entging von Anfang an das Gewicht des wahren Sachverhalts nicht. Als die revolutionäre Regierung Russlands die Geheimverträge zwischen den Mächten der Entente, unter andern den Notenwechsel zwischen Russland und Frankreich vom Februar 1917, aus den Archiven ausgrub und, zum Teil auch in englischen Zeitungen, veröffentlichten ließ, erklärte Balfour, der augenscheinlich über die Absichten der französischen Politiker nur ungenau orientiert war, am 19. Dezember 1917 im Hause der Gemeinen: « ... wir haben es nie gewünscht, haben auch nie den Gedanken ermutigt, dass ein Stück Deutschlands links des Rheines von dem Mutterstaate abgeschnitten und in irgendeine Form eines unabhängigen Staatswesens verwandelt werde. Ihrer Majestät

<sup>1</sup>) Im ersten Teil blieb S. 987 ein sinnstörender Druckfehler stehen. Es sollte Zeile 18 von oben *Bürgerkönig* heißen statt Bürgerkrieg.

Regierung hat keine Kenntnis davon, dass dies von irgendeinem französischen Staatsmann ernsthaft ins Auge gefasst worden wäre.»

Der englischen Auffassung widerstrebte es von vorneherein, sieben Millionen Deutsche (das zur Sicherung der Städte und der Brückenköpfe rechts des Rheines nötige Gebiet hinzugerechnet) ihrem Vaterlande zu entfremden. In keiner der Erklärungen einzelner Staaten oder der Entente-Mächte zusammen über die Kriegsziele sei etwas dieser Art gefordert worden, hieß es von englischer Seite. Deutschland sei geschlagen, an Haupt und Gliedern umgebildet, es werde entwaffnet, seiner Armee und seiner Kriegsrüstung beraubt, weshalb das französische Verlangen der Notwendigkeit entbehre. Jedenfalls müsse es Großbritannien ablehnen, sich zu dem geplanten dauernden Garnisonsdienst durch seine Soldaten zu verpflichten. « Aus diesen Gründen, » schrieb Lloyd George am 26. März 1919, « bin ich daher auf das Äußerste dagegen, mehr Deutsche als irgendwie nötig der deutschen Oberhoheit wegzunehmen und sie der Oberherrschaft einer andern Nation zu unterstellen. »

« Do not let us make another Alsace-Lorraine », war Lloyd Georges Leitmotiv während der Friedenskonferenz. « Den tiefsten Eindruck, den ich bei meinem ersten Besuch in Paris empfang, » äußerte er bei einer Gelegenheit, « war die trauerverhängte Statue Straßburgs. Wir dürfen kein zweites Elsass-Lothringen schaffen. » An seinem Standpunkte hat Lloyd George die längste Zeit und bis zuletzt festgehalten. Erst als Präsident Wilson sich genötigt sah, die Bahn der Vergleiche zu beschreiten, hat er widerstrebend nachgegeben.

Trotzdem war es doch der Präsident der Vereinigten Staaten, der am schwersten unter den französischen Forderungen gelitten hat. Er war als der Verkünder einer neuen Ordnung, die aus dem Chaos des Zusammenbruches erstehen sollte, nach Europa gekommen. Er durfte glauben, gesiegt zu haben, noch ehe er gekommen war. Sieger und Besiegte hatten, außer der Sühne begangenen Unrechts, seinen Ideen zugestimmt und eingewilligt, mit der Regierung Deutschlands gemäß den Bedingungen und den Grundsätzen, die er als Präsident in seiner

Botschaft an den amerikanischen Kongress vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Botschaften und Ansprachen formuliert hatte, Frieden zu schließen. Neben der Entscheidung über praktische Einzelheiten standen die sittlichen Forderungen, vor denen sich die Menschheit beugen sollte: Völkerbund als Eckstein des Weltfriedensgebäudes und als seine Ergänzung und als Vorbedingung des versöhnlichen Einvernehmens unter den Nationen, allgemeine Abrüstung; Unabhängigkeit eines jeden Staates, ob groß oder klein, Sicherheit seines Gebietes, Freiheit der Meere, Niederlegung der wirtschaftlichen Schranken, Gleichheit in den Voraussetzungen des Handelsverkehrs zwischen allen Völkern, die sich im Frieden zusammenfinden. Als oberstes Gesetz: die Herrschaft des Rechtes, gegründet auf den zustimmenden Willen der Regierten und gestützt auf die öffentliche Meinung der Welt. Und einer der Wege zu diesem Ziele: die Entscheidung jeder Streitfrage, ob sie nun das Staatsgebiet, die Souveränität, wirtschaftliche Vereinbarungen oder die politische Zusammengehörigkeit betreffe, auf Grund allein der freiwilligen Zustimmung desjenigen Volkes, das durch die Entscheidung unmittelbar berührt wird, nicht aber auf Grund des materiellen Interesses oder eines Vorteils irgendeiner andern Nation, die, ihres Einflusses nach außen oder ihrer Vorherrschaft wegen, eine abweichende Regelung zu betreiben sucht. (Ansprache in Mount Vernon vom 4. Juli 1918.)

Zu dem allem hatten sich die Kriegführenden, als sie sich willens erklärten, die Waffen niederzulegen, bekannt. Die Völker des alten Weltteils hatten dem Bringer der neuen Wahrheit auf Straßen und Plätzen und in öffentlichen Versammlungen zugejubelt. Er konnte glauben, die Palme des Sieges in der Hand zu halten. Wohl gab es Augenblicke, in denen Wilson die Trauer, der einzig Grundsätzliche und vereinsamt zu sein, überkam. Allein über alle Niedergeschlagenheit trug ihn der Glaube an seine Sendung und an den Triumph des Guten, mit dem die Demokratie die Welt beglücken werde, hinweg.

Nur allzu begreiflich ist es daher, dass die französische Rheinlandpolitik für Wilson zur quälenden Sorge wurde. Hier zeigten sich « Vergangenheit und Gegenwart in tödlichem Kampfe verstrickt ». Die « trüben Tage » der Friedenskonfe-

renz brachen an. Es galt, zwischen dem Friedensprogramme Wilsons und dem Programme Frankreichs, die als unvereinbare Gegensätze hart aufeinanderstießen, zu entscheiden. Für Wilson waren die französischen Rheinlandpläne Militarismus. Sie waren nur durch die Annahme erklärlich, dass, wie in der Vergangenheit so auch für alle Zukunft Frankreich und Deutschland als unversöhnliche, stets zu neuen Waffengängen bereite Feinde nebeneinander zu leben verurteilt sein würden. Dieser Annahme entsprachen die Mittel zur Abwehr. Allen Erwägungen lag die Idee militärischer Machtentfaltung zugrunde. Gewalt als Mittel der Sicherheit und als « Gegengift gegen die Furcht ».

Auch Wilson wünschte die Sicherheit Frankreichs, für dessen Kriegsleiden er ein aufrichtiges Mitgefühl hegte. Allein in den vorgeschlagenen Maßnahmen vermochte er keinen Weg zur Sicherheit zu sehen. Für ihn waren sie nur « mehr Unsicherheit, mehr Furcht, mehr Krieg ». Es war das System, das sich im französischen Programm ausdrückte, gegen das sich Wilson sträubte. Was er bekämpfte, war, wie gesagt, der Militarismus und die militärische Grundlage des Friedens, ob diese nun auf das Aufgebot von Armeen oder auf Bündnisse oder auf wirtschaftliche Beherrschung gegründet wurde. Amerika hatte mit großen Kosten geholfen, die Idee der Gewalttätigkeit, wie sie durch Deutschland vertreten war, zu überwinden; sollte sich Amerika einverstanden erklären, nun gerade diese Idee als Grundlage eines Friedens anzunehmen, wenn es jetzt von seinen Freunden verlangt wurde? Gegen diese Art Kriegsziel-Politik — gegen die « Alte Ordnung », gegen die veralteten, geistlosen, gewalttätigen Methoden, die letzten Endes doch das, was sie erreichen wollten, nicht zustande brächten — gegen alles das lehnte sich Wilsons ganzes Wesen und innerste Überzeugung auf.

« Wir sind zusammengekommen, um entweder einen Frieden nach den festgesetzten und angenommenen Grundsätzen oder dann keinen zu schließen », erklärte der Präsident. Und ein andermal kam es bitter über seine Lippen: « Wir waren unter uns und mit Deutschland über gewisse, allgemeine Grundsätze übereingekommen. Das ganze Verfahren der Konferenz besteht

in einer Reihe von Versuchen, besonders von seiten Frankreichs, dieses Übereinkommen zu brechen, Gebiete zu erwerben und erdrückende Entschädigungen aufzuerlegen.» Die Grundlagen des Friedens, die auch Frankreich angenommen hatte, sprachen, nach Wilson, davon, das Unrecht von 1871, nicht aber das von 1815 wieder gut zu machen. Der Präsident war willens, Frankreich jede Entschädigung zuzusprechen, auf die es ein Recht hatte. Dazu aber glaubte er kein Recht zu haben, Frankreich eine Bevölkerung zuzuteilen, die nicht zu Frankreich gehören oder dieser Bevölkerung eine Regierung, selbst wenn sie für sie besser wäre, aufzuzwingen, die sie nicht haben wollte.

Die beiden «Angelsachsen» — von denen der eine allerdings ein quecksilbriger «Welshman» war, — standen in der Rheinlandfrage Seite an Seite. Lloyd George und Wilson verfochten ihre Auffassung mit derselben Hartnäckigkeit, mit der sie Clemenceau bekämpfte. «Eine Stunde lang disputieren wir mit Clemenceau, um ihn zu einem Einvernehmen zu bringen. Wenn wir zum Ursprunge der Streitfrage zurückkehren, steht Clemenceau da, wo er von Anbeginn gestanden hat.» Nicht dass es etwa Lloyd George und Wilson an Entgegenkommen hätten fehlen lassen. Denn weiter zu gehen, als es die beiden in der Zustimmung zur Entwaffnung Deutschlands und zur Entmilitarisierung (ich trage keine Schuld an dem schrecklichen Worte) des linksrheinischen Gebietes und einer Zone rechts des Rheines taten, war doch kaum möglich. Um den Grundsatz, dass das linke Rheinufer als deutsches Gebiet dem deutschen Reiche bleiben müsse, zu retten, haben sie sich im Verlaufe der Unterhandlungen, wie bekannt, entschlossen, die Verpflichtung Englands und der Vereinigten Staaten anzubieten, mit ihren gesamten Streitkräften beizustehen, wenn Deutschland ohne Zustimmung des Völkerbundes den Rhein überschreiten würde. Die vorgeschlagene Allianz ging gegen jede Neigung und Überlieferung der angelsächsischen Nationen. Lloyd George und Wilson mussten sich dessen bewusst sein. Sie werden auf die Macht ihres Ansehens und auf die überzeugende Gewalt der Billigkeit, die in der ganzen Anordnung lag, gerechnet haben. Die angebotene Verpflichtung sollte an die Stelle der Besetzung der Rheinlande treten. Clemenceau zögerte und überlegte und



wollte Allianz und Besetzung verbunden wissen. Der Friedensvertrag hätte, nach seinem Vorschlage, die Bedingungen der Freigabe der Brückenköpfe rechts des Rheines und der Rheinlande festzusetzen gehabt, und zwar, wie es etwas gewunden lautete, « en fonction des garanties à prendre pour l'exécution des clauses financières ». Damit sollte eine Okkupation von dreißig Jahren angedeutet sein.

Die Vorschläge Clemenceaus waren nicht das, was Lloyd George und Wilson erwarteten. Sie waren es um so weniger, als sie eine letzte Ziffer 6 enthielten, nach welcher England und die Vereinigten Staaten die französischen Ansprüche auf das Saarbecken anerkennen sollten, das heißt auf die Grenze von 1814 « avec un droit d'occupation sans annexion, à titre de réparation, sur la partie du bassin minier de la Sarre non comprise dans cette frontière ».<sup>1)</sup> Aber gerade die Ansprüche auf das Saarbecken, die Wilson nicht als berechtigt anerkennen konnte, verschärften die Spannung bis zum Unerträglichen. Clemenceau ließ sich hinreißen, den Präsidenten « pro-german » zu nennen, « der Frankreich zu vernichten suche ». Wilson war groß genug, die bittere Kränkung zu vergessen. Später versöhnten sich die beiden. Clemenceau reichte seinem Widerpart die Hand, indem er sagte: « Sie sind ein vortrefflicher Mann (a good man), Herr Präsident, Sie sind auch ein großer Mann. »

Die widerstreitenden Ansichten blieben aber unausgeglichen. Es war die « trübe Zeit » (the dark period) der Pariserkonferenz. Das Friedenswerk drohte in die Brüche zu gehen. Der zweite April warf Wilson auf das Krankenlager. Als er sich am siebenten von ihm erhob, ließ sich der Müdegewordene telegraphisch den *George Washington* zur Heimreise rüsten. Clemenceau

<sup>1)</sup> Im ersten Pariser Frieden von 1814 waren zwei, nicht sehr umfangreiche Abschnitte des jetzt deutschen Gebietes Frankreich zugesprochen worden. Der eine mehr nördlich gelegene Teil umfasste Saarlouis und Saarbrücken, der andere südöstlich gelegene verband die damals viel umworbene Festung Landau mit Frankreich. Der zweite Pariser Frieden gab diese Abschnitte als deutsches Gebiet an Deutschland zurück. Da die vorübergehend Frankreich überlassenen Gebietsteile des ersten Pariservertrages (les frontières de 1814) nicht das waren, auf was es Frankreich während der Verhandlungen im Jahre 1919 abgesehen hatte — die Kohlengruben nämlich —, gründeten sich die Ansprüche dieses Teiles der Saar auf die Entschädigungspflicht Deutschlands für die schweren, Frankreich zugefügten Schädigungen. Und was dann noch nicht erfasst war, wurde durch die These, dass das Saartal ein einheitliches Wirtschaftsgebiet sei, das nicht zerstückelt werden dürfe, gerettet.

seinerseits drohte mit seinem Rücktritte. In dem Einvernehmen der beiden « Angelsachsen » mit Clemenceau war aber das Schicksal der Welt verkörpert. Bis dahin hatte die Entwicklung des Pariser Verhandlungsapparates geführt. In den verhängnisvollsten Augenblicken jener düstern Tage war es sogar der Ausgang des heißen Ringens zwischen Zweien, der entschied — zwischen Wilson und Clemenceau. Zwischen dem Wilson, der in Mount Vernon gesprochen und verlangt hatte, dass keiner Nation über eine andere materiellen Interesses oder Vorteiles wegen überwiegender Einfluss oder gar Vorherrschaft zukommen dürfe, und dem Clemenceau, der als Patriot um die Wiederherstellung seiner verwüsteten Heimat, um die Sicherheit und um die wirtschaftlichen Vorteile seines Landes kämpfte — allerdings zum Teile mit den von Wilson verabscheuten Methoden der Vergangenheit, der alten Ordnung.

Keiner von den Dreien, der die der Welt gegenüber eingegangene schwere Verantwortung auf seinen Schultern lasten fühlte, konnte es indessen wagen, die Konferenz friedlos auseinandergehen zu lassen. Die Welt sehnte sich in wachsender Ungeduld nach dem Frieden, es musste zum Frieden kommen, es musste ein Vergleich gefunden werden.

Für Wilson gab es nur einen Vergleich, dem er Sinn und Bedeutung beimessen konnte. Einen Vergleich nämlich, der die Sicherung des Völkerbundes als Teil des Friedensvertrages in sich schloss. Der Völkerbund war ihm der Schlüssel zum Frieden. Die Bestimmungen des Völkerbundes waren das Dauernde, alle einzelnen Entscheidungen Überragende. Durch sie wurden, nach des Präsidenten Glauben, die Nationen aus der heißen Atmosphäre der Kriegsgefühle in die kühlere ruhiger Überlegung geführt und dadurch der Boden für versöhnlichere Lösungen vorbereitet. Gab man ihm die Liga der Nationen, wie er sie sich erdacht, und in der Fassung, wie er sie nach einem kurzen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten nach Paris zurückgebracht hatte, war Wilson bereit, sein Möglichstes zu tun, um aus dem Engpasse herauszukommen.

Demgegenüber war Clemenceaus Politik, neben der Verteidigung der Kriegsziele, darauf gerichtet, mit England und den Vereinigten Staaten im Einvernehmen zu bleiben. Wollte



er dies erreichen, musste er sich mit Wilson zusammenfinden. Zu Zeiten hatte es wohl geschienen, als wollte « der alte Tiger lieber die ganze Welt in Scherben gehen sehen, als irgendetwas von der zukünftigen Sicherheit seines geliebten Frankreich aufzugeben ». Der Staatsmann war indessen größer als der Rechtshaber. Und dem « père la victoire » fehlte die Energie nicht, um die inneren Widerstände, denen er sich durch einen Vergleich im eigenen Lande aussetzte, zu überwinden.

So einigten sich Clemenceau und Wilson während einer vorübergehenden Abwesenheit Lloyd Georges auf die Bestimmungen, wie sie später in den Versailler Friedensvertrag aufgenommen worden sind. Aus einer nach militärischen Gesichtspunkten angeordneten und — je nach den wechselnden Vorschlägen — der dauernden oder lange dauernden Okkupation mit dem Zwecke der Trennung der besetzten Gebiete vom deutschen Reiche, war eine vorübergehende Besetzung als Pfand für die finanziellen Forderungen des Siegers an den Besiegten geworden. Als dem englischen Ministerpräsidenten nach seiner Rückkehr von London der Vergleich vorgelegt wurde, gab er seine Zustimmung. Nur sehr widerstrebend. Und obschon widerstrebend, doch zu rasch. Er hatte in der Folge wiederholte Beratungen mit dem britischen Kabinett und der Abordnung zu der Friedenskonferenz. Beide waren der Meinung, dass Lloyd George entweder auf die britisch-amerikanische Allianz oder die linksrheinische Besetzung, nicht aber auf beides hätte eingehen sollen. Aber ein Versuch Lloyd Georges, in diesem Sinne auf den Vergleich zurückzukommen, vermochte weder bei Clemenceau noch bei der Friedenskonferenz einen Erfolg zu verzeichnen. Jedermann war froh, festen Boden gewonnen zu haben.

Auch ein Vorstoß aus dem entgegengesetzten Lager blieb wirkungslos. Marschall Foch und seine Anhänger widerstrebten dem Vergleiche auf das leidenschaftlichste. Wie gebannt hingen ihre Augen an dem Rheinstrome. « Quand on est maître du Rhin, on est maître de tout le pays. Quand on n'est pas sur le Rhin, on a tout perdu. » Er erachte, erklärte Marschall Foch am 6. Mai vor der Friedenskonferenz, die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Sicherheiten der Vertragsausführung

(Art. 428 und ff.) als wertlos. Nach fünf Jahren habe man den industriereichsten Teil des besetzten Gebietes und den Brückenkopf, der den Schlüssel zum Ruhrgebiete bilde, aufzugeben. Damit verzichte man darauf, die hauptsächlichste Quelle des Wohlstandes Deutschlands zu bedrohen oder von ihr Besitz zu ergreifen. Vom militärischen Gesichtspunkte aus sei allein wichtig, die Barriere des Rheins festzuhalten. Doch wollte er augenscheinlich den Widerständen, deren Stärke er nun kennen gelernt hatte, Rechnung tragen. Aus diesem Grunde verfocht er, im Widerspruche zu früheren Ansichten, den etwas sonderbaren Barriere-Gedanken. «Bemerken Sie wohl,» sagte er, «dass ich die Besetzung des Rheins und nicht der Rheinlande verlange: hierin besteht die Verschiedenheit der Meinungen. Man wirft mir vor, dass ich ein Gebiet besetze. Dies trifft keineswegs zu; ich besetze die Rheinübergänge, was eine kleine Truppenmacht voraussetzt.» Die Erörterungen des Marschalls riefen, wie Tardieu schreibt, mehr Erstaunen hervor, als dass sie Eindruck gemacht hätten. In der Tat wäre wohl die Besetzung nur der Rheinlinie, ohne das linksrheinische Ufer sicher in der Hand zu haben, ein gefährliches Unternehmen gewesen. Es blieb bei den Vorschriften des Friedensvertrages. Die Rheinlande dienten den Siegern als Pfand, blieben aber deutsches Gebiet, standen durchweg unter deutscher Gesetzgebung, hatten ihre deutschen Behörden, ihre deutschen Gerichte und blieben der obersten deutschen Reichsbehörde unterworfen.<sup>1)</sup>

Die französische Militärpartei war nicht gesonnen, ihre Lieblingsidee leichten Kaufes preiszugeben. Sie hoffte durch das Mittel des Separatismus die Trennung der Rheinlande vom Mutterstaate in irgendeiner Form politischer Neugründung tatsächlich herbeizuführen. Schon während der Friedenskonferenz, in den Monaten April und Mai, suchte General Mangin dem Dr. Dorten bei einem Putsche behilflich zu sein. Der Hauptsitz der Bewegung sollte, wie die Amerikaner annahmen mehr klug als aufrichtig, nach Koblenz, dem damals ameri-

---

<sup>1)</sup> Abkommen über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete vom 28. Juni 1919. — Zwischen den Vereinigten Staaten, Belgien, England und Frankreich einerseits und Deutschland anderseits.

kanischen Besetzungsgebiete, verlegt werden. Die amerikanischen Generale wollten aber nicht in der Sache sein. Auf eine entschiedene Einsprache Wilsons entschloss sich Clemenceau, dem französischen General auf die Finger zu klopfen und ihn « zu genauer Beobachtung völliger Neutralität in allem, was mit rein politischen Dingen in den besetzten Gebieten zu tun hat », zu ermahnen.

Die Lehre, die der Vorgang enthielt, blieb ohne nachhaltige Wirkung. Nach dem Friedensschlusse wuchs der Eifer in der französischen, aber auch in der belgischen Zone, den gewalttätigen Staatengründern energische Hilfe zu leihen, von Jahr zu Jahr. Ohne die fremden Bajonette wäre die terroristische Herrschaft einer brutalen Minderheit nicht möglich gewesen. Hierüber besteht heute kein Zweifel mehr. Das Jahr 1923 bedeutete zugleich Hochflut und Niedergang. In den Sommermonaten dieses Jahres war es der skrupellose Mathes, der mit seinen bewaffneten Sturmtruppen in den Rheinlanden seine autonome Republik errichtete, die legalen Behörden vertrieb, die öffentlichen Gebäude besetzte und vor dem weder Eigentum noch Leben der Bevölkerung sicher war. Belgische und französische Befehle zwangen die gesetzmäßigen Behörden, welche die landesverräterischen und, wie man annehmen muss, mit fremdem Gelde gespiesenen Unternehmen daran zu hindern suchten, die Benützung der öffentlichen Versammlungssäle zu bewilligen. Die französisch-belgische Eisenbahnregie führte in Freizügen die angeblichen Anhänger zu den Demonstrationen. Entstanden Tumulte, wurden die Separatisten und ihre Führer geschützt, für ihre Übeltaten gingen sie straflos aus, während die Landesbehörden, die die Unruhen zu verhüten verhindert worden waren, verantwortlich gemacht und, wenn sie einschritten, wie es in Düsseldorf geschah, kriegsgerichtlich zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Als gegen Ende des Jahres der letzte der Versuche, der des Kaufmanns Decker, in der belgischen Zone die Missbilligung des belgischen Vertreters, Rolin-Jacquemyns', fand, brach die Bewegung in der belgischen und nicht viel später in der französischen Zone zusammen, um in der bayrischen Pfalz eine grausame Wiedererstehung zu erleben. Aber auch hier vermochte

keine Gewalttat der separatistischen « Regierung » und keine Willkürlichkeit, zu der sich General de Metz bereit finden liess, die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in ihrer Anhänglichkeit an die heimische Regierung zu erschüttern. Bis zu welchem Grade die Wut der Vergewaltigten gewachsen war, haben die Greuelthaten in Pirmasens bewiesen.

Die Tatsachen sind übrigens bekannt genug. Merkwürdig bleiben aber für alle Zeit die Stimmungen in Paris, durch die die französische Politik bestimmt worden ist. Neben den militärischen Gesichtspunkten, denen das Rheinlandproblem viel von seiner Leidenschaftlichkeit zu verdanken hatte, waren es ideale und reale Erwägungen, die einer Politik, die nicht immer ein aufrichtiges Antlitz trug, das Gepräge gaben. Wenn Maurice Barrès in der französischen Kammer der separatistischen Bewegung « une pureté parfaite » zuschrieb und behauptete: « l'influence française s'est fait sentir d'une pureté absolue », so mag diesem Romantiker unter den Politikern die gute Treue nicht abgesprochen werden. Wenn Fernand de Brinon die Separatisten als der Mehrzahl nach « brave Leute, die von pazifistischen und demokratischen Idealen erfüllt seien », bezeichnete, so soll auch, so schwer es den Tatsachen gegenüber fällt, an seiner guten Treue nicht gezweifelt werden. Die beiden sahen, was sie zu sehen wünschten. Möglich auch, dass die klugen Realisten nach der Art Tardieus von der Tatsache, die den Ausgangspunkt ihrer Erwägungen bildet, überzeugt waren. Von der Tatsache nämlich, dass der Rheinländer als ein « Musspreuße » die preußische Verwaltung als ein Joch empfinde, so dass er, wenn man ihm gewisse Vorteile, wie Befreiung vom Militärdienste, Erlass der Kriegssteuern, Vergünstigungen in der Landesverpflegung und in den Zolltarifen gewähre, wahrscheinlich fähig sein würde: « d'évoluer vers un objectif de liberté, si son intérêt le lui conseillait ». Die Separatisten wurden daher offen als die Freunde und Schützlinge bezeichnet. Die preußischen und die deutschen Behörden waren ihre und daher auch Frankreichs Gegner. « Wir haben, » schreibt selbst ein so scharfsichtiger Schriftsteller wie Gauvain im *Journal des Débats*, « die Rheinlande nicht besetzt, um sie (die Separatisten) ihren Gegnern zu überliefern. »

Wie nach allem, was in Paris gesprochen wurde, und was in der französisch-belgischen Zone geschah, das Ministerium Poincaré sich seiner Neutralität brüsten konnte, bleibt ein Rätsel. Dem Ansehen der französischen Politik ist es sicher nicht zuträglich gewesen. Ein Seitenblick auf das Verhalten des britischen Alliierten in dessen Besetzungszone mit dem Hauptsitz in Köln würde genügt haben, um der französischen Regierung den rechten Weg zu zeigen. In der britischen Zone wurde vertragsgemäß den deutschen Behörden die Herrschaft gelassen. Hier entbehrte die separatistische Bewegung jeder Bedeutung. Ein Beweis, welch künstlich gehätschertes Minderheitszeugnis sie im Ganzen war. Eine kritische Verwertung des englischen, sachlichen Verfahrens hätte Tirard, den Vertreter Frankreichs in der Rheinlandkommission, sicherlich vor dem unüberlegten Schritte bewahrt, die Verordnungen der sogenannten separatistischen Regierung der Pfalz in die Register der Rheinlandkommission einzutragen und damit der sicher gewillkürten Herrschaft einen gleichsam gesetzmäßigen Charakter beizulegen. Dieses Vorhaben versetzte England, dem damit eine schwere Mitverantwortung überbürdet werden sollte, in die Notwendigkeit, zur Grundlage seiner Entscheidung eine unparteiische Feststellung der politischen Zustände in der Pfalz vornehmen zu lassen. Das Ergebnis lautete für das französische Begünstigungssystem bitter genug. In der Hauptsache: Die Bevölkerung ist weit überwiegend gegen die sogenannte autonome Regierung, die ihr Leben französischer Unterstützung verdankt und ohne französische Unterstützung sofort wieder verschwinden würde; von den Separatisten sind 75% keine Pfälzer, sie bestehen überdies zu einem großen Teil aus ehemals Bestraften und aus Leuten, die zur Führung einer Verwaltung unfähig sind.

In der öffentlichen Meinung Frankreichs konnte nach allem eine Wandlung nicht ausbleiben. Der *Temps* musste zugeben, « dass die Wünsche der rheinischen Bevölkerung durch die verschiedenen sogenannten separatistischen oder autonomistischen Bewegungen nicht sehr getreu vertreten worden seien, denn alle diese Bewegungen haben Bankrott gemacht. Die pfälzische, heute scheinbar aufgegeben Bewegung sei nur die letzte einer ziemlich traurigen Reihe (d'une assez piteuse série) ». Etwas



nachsichtig fügt er hinzu, der Misserfolg der Bewegungen scheine von den französischen Behörden nicht immer vorausgesehen worden zu sein, weshalb das Ausland alle möglichen Anschuldigungen erhoben habe, durch die der Reparationsaffäre Schaden zugefügt worden sei.

Mit dem Hinweis auf die Stimmung des Auslandes urteilt das französische Blatt nur allzu richtig. Der britische Premierminister, MacDonald, hat in seinem Schreiben vom 21. Februar an seinen Kollegen an der Seine einem, übrigens nicht nur in England, weitverbreiteten Urteile Ausdruck gegeben, wenn er schreibt: « In weiten Kreisen Englands hat man den Eindruck, dass Frankreich bemüht ist, entgegen den Bestimmungen des Versaillervertrages einen Stand der Dinge herbeizuführen, durch den es das gewinnen wolle, was es während der Friedensverhandlungen nicht zu erreichen vermochte. Die Ansicht dieses Teiles meiner Landsleute geht dahin, dass diese Politik nur die Unsicherheit und die Gefahren eines Zustandes nicht des Friedens, sondern des Krieges verewigen und zuletzt alles das vernichten würde, was Frankreich etwa an vorübergehender Sicherheit zu gewinnen vermöchte. »

Solchen Tadel hätte die französische Politik vermieden, wenn sie sich der wichtigen und entscheidenden Tatsache, die Lloyd George und Wilson geltend gemacht hatten und an der die Forderungen Clemenceaus scheitern mussten, in der Folge bewusst geblieben wäre. Eben der Tatsache, dass Rheinland, Saar und Pfalz von Deutschen bewohnt sind, die deutsch bleiben wollen. « Geschichtliche Kräfte, die im tiefen Gefühl eines Volkes wurzeln, lassen sich nicht willkürlich einengen (Stern). » Die französischen Politiker hätten ja auch bei Seignobos in die Lehre gehen können. Ganz bequem hätten sie es gehabt, wenn sie sich die kräftigen und überzeugenden Worte Clemenceaus, die er am 11. Oktober 1919 im französischen Senat gesprochen hat, zu Herzen genommen hätten. Er sagte: « Il n'y a d'unité profonde que l'unité des consciences et à celle-là aucune main humaine ne peut toucher . . . Voyez-vous, l'unité n'est pas dans les protocoles de la diplomatie. L'unité est dans les cœurs des hommes. » Der Undank der Republik hat « père la victoire » bei Seite geschoben und seine Worte sind wirkungslos verprascht.



Doch besteht nun die Hoffnung, dass die französische Begünstigung der Sonderbündler ihr Ende gefunden hat, und dass hier wenigstens die Flut der Wünsche nach militärischer Sicherung des Friedens zurückgetreten ist. Im Grunde genommen ist heute, nachdem die geplante englisch-amerikanische Allianz mit Frankreich gescheitert ist, die Sachlage diejenige, wie sie von den beiden « Angelsachsen » als ausreichende Sicherheit für Frankreich angesehen wurde: Besetzung des Gebietes westlich des Rheines als Pfand, völlige Entwaffnung des zusammengebrochenen und, was man auch sagen mag, für lange Zeit wehrlosen Gegners. Die Gegensätzlichkeit zwischen Macht und Ohnmacht ist vielleicht heute noch schroffer als damals in Paris, die Besetzung des Gebietes des widerwillig-säumigen Schuldners noch ausgedehnter und die Kriegsrüstung Frankreichs noch formidabler.

Das Streben Frankreichs, noch weitere Stützen seiner Sicherheit zu gewinnen, ist indessen nicht erloschen. Es hat sich den veränderten Verhältnissen angepasst. Und wieder stoßen, wie einst in Paris, die Methoden der alten und der neuen Ordnung gegeneinander. Nicht mit derselben Grundsätzlichkeit wie zu der Zeit, als Wilson der Vorkämpfer der neuen Ordnung war, aber in ähnlichen Formen. Frankreich hat sich seine festländische Politik, für die es England gewinnen möchte, zurecht gelegt, und sucht seine Sicherheit, die ihm die Sicherheit Europas gilt, in Allianzen, Darleihen und militärischen Rüstungen seiner Verbündeten. Nach den Mustern der Vorkriegszeit. Deutlich zeichnet sich, wie zur Vorkriegszeit, die Gefahr der allmählichen Bildung sich feindselig gegenüberstehender Mächtegruppen ab.

Die britische Einsicht sieht diese Gefahr. Nach den Erklärungen des englischen Ministerpräsidenten, die sich ganz gewiss auf die öffentliche Meinung seines Landes stützen können, legt das britische Reich das Sicherheitsproblem im weitesten Sinne aus. Nicht als Sicherheit dieses oder jenes Staates, sondern allgemein als Sicherheit gegen den Krieg. Nach MacDonalds Auffassung ist das jahrhundertalte Problem kein ausschließlich französisches. Es ist vielmehr ein europäisches, das gleichermaßen England, Deutschland, Polen, die Tschechoslovakei,

Ungarn, Jugoslawien, Russland, Rumänien, Italien und Griechenland angeht. Es sei sehr wohl möglich, meint MacDonald, dass die Menschheit in einigen Jahrzehnten die allgemeine Abrüstung und die universelle schiedsrichterliche Entscheidung werde kommen sehen. Unterdessen aber sei es die nächste Aufgabe, das gegenseitige Vertrauen herzustellen und diese Aufgabe könne nur dadurch verwirklicht werden, dass sich die Nationen verstehen lernen und das Wachstum von Argwohn und Furcht zu verhindern wüssten — MacDonald auf dem Wege zu Wilson.

Im Unterhause erklärte der englische Premier am 28. März: « Ich bin überzeugt, dass Frankreich seine Sicherheit niemals durch irgendeine Reihe besonderer Verträge erlangen wird. Es wird niemals Mächte von Bedeutung für solche Verträge gewinnen . . . Ich glaube im Rechte zu sein, wenn ich sage, dass Frankreich jetzt anerkennt, dass Sicherheit nicht durch einen Staat, nicht durch zwei Staaten geboten werden kann, sondern dass sie auf eine Organisation mit weitgesteckten Zielen und moralischer Macht, wie der Völkerbund eine ist, gegründet sein muss. »

Nachdem die Reparationsfrage, wie es in Parlamenten und Zeitungen heißt, « aus der vergifteten Luft der Politik und Diplomatie » in die gefahrlosere sachlicher und finanztechnischer Untersuchungen hinübergeleitet worden ist, wird niemand den Mut aufbringen, den Glauben des englischen Staatsmannes vorzeitig oder überhaupt zu untergraben. Was geschehen wird, liegt im Dunkel der Zukunft und der Staatskanzleien. Aber Europa kann seinem Verhängnisse nur entgehen, wenn es die Heilung seiner zerrütteten zwischenstaatlichen Beziehungen in den Fällen unvermeidlicher Krisen der Vertreterin allgemeiner Interessen anvertraut. Ihre Missachtung werden die wiedererwachten politischen Einsichten und moralischen Kräfte, die die Führung in der öffentlichen Meinung zu übernehmen trachten, von Jahr zu Jahr immer weniger willig hinnehmen.

HEINRICH DAVID